



## **Ausschuss für Schule und Bildung**

### **8. Sitzung (öffentlicher Teil)<sup>1</sup>**

6. Dezember 2017

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:10 Uhr

Vorsitz: Kirstin Korte (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2018 (Haushaltsgesetz 2018) 3**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/800

Erläuterungsband zu Einzelplan 05  
Vorlage 17/264

Beantwortung von Fragen der Fraktionen  
Vorlage 17/364

Vermerk des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 05  
Vorlage 17/373

in Verbindung mit:

---

<sup>1</sup> nichtöffentlicher Teil mit TOP 3 siehe nöAPr 17/34

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Überleitung der vorhandenen Konrektorinnen und Konrektoren von Grundschulen und Hauptschulen (Haushaltsbegleitgesetz 2018)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 17/1111

– Abschließende Beratung

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Gegenstimmen der Fraktionen von SPD und AfD sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der Grünen empfiehlt der **Ausschuss** dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss, den Einzelplan 05 anzunehmen.

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, AfD und Grünen sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfiehlt der **Ausschuss** dem federführenden Haushalts- und Finanzausschuss, den Gesetzentwurf der Landesregierung in Drucksache 17/1111 anzunehmen.

**2 Rückkehr zu G 9 bis 2018 – Keine weiteren Unsicherheiten und Verzögerungen auf dem Rücken der Schulen**

**20**

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/72

Ausschussprotokoll 17/71

Der Antrag der Fraktion der AfD wird gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

\* \* \*

## 2 Rückkehr zu G 9 bis 2018 – Keine weiteren Unsicherheiten und Verzögerungen auf dem Rücken der Schulen

Antrag  
der Fraktion der AfD  
Drucksache 17/72

Ausschussprotokoll 17/71

**Vorsitzende Kirstin Korte** bemerkt einleitend, der Antrag der Fraktion der AfD sei durch das Plenum des Landtags am 12. Juli 2017 zur alleinigen Befassung an den Ausschuss für Schule und Bildung überwiesen worden. Am 8. November 2017 sei eine Anhörung zu dem Antrag durchgeführt worden; das Protokoll über die Anhörung liege vor.

**Petra Vogt (CDU)** legt dar, der überwiegende Teil der Sachverständigen habe die Auffassung der Ministerin geteilt, dass Genauigkeit vor Schnelligkeit gehe. Der Zeitplan, den die Ministerin vorgelegt habe, sei von einigen Sachverständigen als ambitioniert eingeschätzt worden. Daher werde die CDU-Fraktion dem Antrag nicht zustimmen.

**Helmut Seifen (AfD)** macht geltend, naturgemäß seien die Vertreter der Städte und Gemeinden hauptsächlich auf die Schwierigkeiten eingegangen, die in Bezug auf die Schaffung der räumlichen Voraussetzungen bestünden. Der Philologen-Verband und die Westfälisch-Lippische Direktorenvereinigung hätten etwas über die Lehrpläne gesagt, was er, Helmut Seifen (AfD), allerdings nicht für überzeugend gehalten habe. Professor Dollase habe ein sehr überzeugendes Statement abgegeben. Angesichts dessen finde es die AfD-Fraktion bedauerlich, dass dem Antrag nicht gefolgt werde. Die Einführung von G 9 zum übernächsten Schuljahr sei zumindest in der Sache ein Fortschritt.

**Sigrid Beer (GRÜNE)** erklärt, ihre Fraktion werde den Antrag ablehnen. Der Mehrwert, der in der Anhörung erzielt worden sei, betreffe die Frage, ob der Übergang auf G 9 in den einzelnen Gymnasien gehandelt werden könne oder ob nicht die Leitentscheidung gelten solle, um individuelle Lernwege innerhalb des G 9-Gymnasiums zu ermöglichen.

Die Abgeordnete schließt, sie freue sich auf die Beratung über den Gesetzentwurf und unterstütze ausdrücklich die Absicht, diese Frage sorgfältig anzugehen, statt einen schnellen Weg zu wählen, der den Schulen nichts nütze.

Der Antrag der Fraktion der AfD wird gegen die Stimmen der AfD-Fraktion sowie mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen abgelehnt.

gez. Kirstin Korte  
Vorsitzende